

Verantwortung in der sozialen Marktwirtschaft: Gedanken zu einem grossen Missverständnis

*Rede von Prof. Dr. Christoph A. Schaltegger¹ anlässlich des Symposiums 2021
«Verantwortung» von Wirtschaftsbildung.ch der Ernst Schmidheiny-Stiftung*

Interlaken, 18. November 2021

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 6. Mai 1795, in Zeiten grosser Not, betraten die Friedensrichter im südenglischen Speenhamland bei Newbury sozialpolitisches Neuland. Sie beschlossen, dass der armen Landbevölkerung unabhängig von ihren Einkünften ein Minimaleinkommen garantiert werden sollte. Ja, Sie hören richtig: 1795, und, ja: ein Mindesteinkommen.

Diese an den Brotpreis gekoppelte Armenhilfe wurde – obwohl nie gesetzlich festgelegt – in mehreren Grafschaften übernommen und als Speenhamland-Gesetz bekannt. Das «Recht auf Lebensunterhalt» sollte schon bald Wirkung zeigen, allerdings kaum wie beabsichtigt. Denn die Armenhilfe wurde zu einer indirekten Subvention der Grundbesitzer. Diese konnten zu niedrigsten Löhnen Arbeiter einstellen, die wiederum kein Interesse daran hatten, ihre Arbeitgeber zufriedenzustellen. Während Löhne und Produktivität immer tiefer sanken, fanden sich weite Teile der Landbevölkerung in der alten Abhängigkeit wieder.

Das Speenhamland-Gesetz zeigt eindrücklich: gut gemeint ist oft das Gegenteil von gut. Denn nicht überall, wo „sozial“ drauf steht, ist auch „sozial“ drin. Das trifft auch auf die populäre Forderung nach einer sozialen Marktwirtschaft zu. Ist die soziale Marktwirtschaft wirklich sozial?

Halten wir erst mal fest: *Soziale Marktwirtschaft* – das ist ein wohlklingender Begriff, der längst zu einem inhaltsleeren Allgemeinplatz verkommen ist. Heute wird die soziale Marktwirtschaft als Kompromissformel aufgefasst: Marktwirtschaft wird geduldet, um Staatseinnahmen zu generieren. Die implizite Botschaft: Marktwirtschaft ist eigentlich unsozial, Umverteilung dagegen ist sozial.

¹ Ich danke Melanie Häner, wissenschaftliche Assistentin an der Universität Luzern, für ihre wertvolle Unterstützung bei der Erstellung dieses Redetextes.

Demnach liegt der primäre Zweck der Staatseinnahmen in der Umverteilung – also der Neuverteilung von Einkommen, Besitz und Vermögen durch den Staat. Es gilt das Credo: je mehr Umverteilung, desto sozialer die für soziale Anliegen blinde Marktwirtschaft. Und genau *das*, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist ein grosses Missverständnis!

Ich denke, wir sollten ein feines Gespür dafür entwickeln, wer uns im modischen Gewandt der sozialen Marktwirtschaft neue Speenhamland-Gesetze anpreisen möchte. Dieses feine Gespür will ich wecken.

Ich werde Sie im Folgenden davon zu überzeugen versuchen, dass die Marktwirtschaft nicht deshalb mit dem Prädikat „sozial“ versehen werden muss, weil sie an sich unsozial ist. Im Gegenteil – sie hat eine intrinsisch soziale Komponente, und dies bereits vor Umverteilung. Denn sie vertraut auf die gestaltenden Kräfte der Menschen in einer fairen Wirtschaftsordnung. Sie ist eine Wirtschaftsordnung der Menschen und nicht der Technokraten.

Damit schaffen viele Wohlstand für alle – Wohlstand, der die Breite der Bevölkerung erfasst. Das Soziale muss daher eine Politik für die Vielen und nicht für die Wenigen sein. Das Soziale steht nicht in Konkurrenz zur Marktwirtschaft, sondern ist zu einem guten Teil die Marktwirtschaft selbst.

Verantwortliche Politik heisst also, die Marktwirtschaft effektiv zu schützen und zu stärken. Sie stellt das Fundament eines funktionierenden Sozialstaates dar. Dies erfordert eine klare Abgrenzung und Entflechtung von Markt und Staat, sprich: der verschiedenen Verantwortlichkeiten in der sozialen Marktwirtschaft. Das ist die meiner Meinung nach wichtigste *gesellschaftliche* Verantwortung unserer Zeit – unterscheiden zu können, also, konkret: den Staat nicht zur Beute der eigenen Partikularinteressen zu machen. Denn ja, an Beutejägern – Verbänden, Interessengemeinschaften, NGOs – mangelt es in der Tat nicht.

Verantwortung in schwierigen Zeiten: Ludwig Erhard und das deutsche Wirtschaftswunder

Verantwortlich für die Popularität der sozialen Marktwirtschaft ist ein prominenter Kopf: Ludwig Erhard. Der ehemalige Wirtschaftsminister und deutsche Bundeskanzler erlangte seine über die deutsche Landesgrenze hinausgehende Bekanntheit für die Preisfreigabe. Am Tag nach der von den amerikanischen Besatzungsmächten angeordneten Währungsreform im Juni 1948 hob er kurzerhand über 400 Preisbindungen, Rationierungen und andere Kontrollen auf.

Die Dramatik der damaligen Tage ist für uns Nachgeborene nicht einfach zu erfassen. Zu selbstverständlich scheint uns das Erreichte – zu unsympathisch scheint uns eine für Klientelismus anfällige Mangelwirtschaft. Doch die westdeutsche Gesellschaft war damals kurz nach dem verlorenen Krieg mit den Gesetzen einer Marktwirtschaft weder vertraut, noch war die Preisfreigabe populär. Ganz im Gegenteil. Ludwig Erhard wurde anfangs als verantwortungsloser Hasardeur öffentlich diffamiert.

Trotzdem: Ludwig Erhard blieb seinen Überzeugungen treu. Er ist der Mann, der mutig Verantwortung übernahm – besser Verantwortung an sich zog –, und das in einem der seltenen Momente in der Menschheitsgeschichte, in denen es darauf ankommt, das Richtige richtig und im richtigen Moment zu tun. Er tat es und nutzte die Chance, die ihm die Geschichte bot.

So kam es, dass das sogenannte „Leitsatzgesetz“ zur Preisfreigabe zwar verabschiedet, die Genehmigung durch die Militärregierungen jedoch noch ausstehend war. Erhard musste ohne die ausstehenden Zustimmungen erreichen, dass die Währungs- und Wirtschaftsreform von Anfang an als Einheit aufgefasst wird. Nur dann würde ein ausreichendes Warenangebot auf den Markt kommen und der neuen Währung die Chance verschaffen, breit akzeptiert zu werden. Davon war er überzeugt. Er liess daher ohne Zustimmung der Verantwortlichen am Sonntag im Radio verkünden, dass eine Vielzahl von Preiskontrollen aufgehoben würden. Diese eine Rundfunkmeldung zeigte indes die beabsichtigte phänomenale Wirkung: Über Nacht füllten sich die Schaufenster mit all den gehorteten Waren. Das gute Geld zeigte Wirkung. Wohlstand für alle wurde greifbar.

Es ist diese mutige Lebensleistung, die als „Schaufenster-Effekt“ Bekanntheit erlangte. Erhard trug die Verantwortung für seine Entscheidung – sein politisches Schicksal hing an einem seidenen Faden. Aber er blieb gerade in diesem Augenblick umso gelassener. Sinnbildlich hierfür steht die Unterhaltung zwischen dem damaligen Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone US-General Lucius Clay und Ludwig Erhard kurz nach der Preisfreigabe. Clay meinte: „Herr Erhard, my advisers tell me you’re making a terrible mistake“. Woraufhin Erhard antwortete: «Don’t listen to them, General. My advisors tell me the same thing».

Die Entscheidung für die soziale Marktwirtschaft war der Anfang eines langen wirtschaftlichen Aufschwungs, der später als das deutsche Wirtschaftswunder in die Geschichtsbücher einging. Und von dem nebenbei auch die Schweiz stark profitierte. Wohlstand für alle ist bei Ludwig Erhard also nicht leere Theorie geblieben, sondern für alle greif- und erlebbar geworden. Wohlstand für alle basierte auf den marktwirtschaftlichen Prinzipien der freien Preisbildung: stabiles Geld durch flexible Preise. Das war der Slogan. Das war das Versprechen, das er einlöste. Das war der Schlüssel für seine grosse Popularität im Volk. Das war sein Erfolgsgeheimnis.

Kern der sozialen Marktwirtschaft – funktionierender Wettbewerb und soziale Sicherung für die Menschen

Was aber genau bedeutet *soziale Marktwirtschaft* hier und heute, im Jahr 2021? Was genau ist an der Marktwirtschaft das „Soziale“? Kernelement der sozialen Marktwirtschaft ist *erstens* der *funktionierende Wettbewerb*. Oder in Ludwig Erhards Worten: „*Wohlstand für alle und Wohlstand durch Wettbewerb gehören untrennbar zusammen; das erste Postulat kennzeichnet das Ziel, das zweite den Weg, der zu diesem Ziel führt.*“ Das stimmte damals. Und es stimmt heute. Nur was heisst es konkret?

Der Staat steht zuallererst in der Verantwortung, fairen Wettbewerb zu ermöglichen – das ist weder trivial noch gottgegeben: Wettbewerb stellt sich nicht zwangsläufig

spontan ein, er bedarf der Pflege. Und dazu braucht es – ja! – einen unabhängigen, starken, aber eben auch: schlanken Staat. Das heisst, der Staat konzentriert sich auf eine Ordnungspolitik und nicht auf einzelne Privilegien und Privilegierte. Denn Wettbewerb bedeutet für die Bürger – das ist die andere Seite der Medaille – Wahlfreiheit. Wettbewerb bedeutet Auswahl, Vielfalt und Innovationsfreude für die breiten Massen. Es bedeutet – genau: Wohlstand für alle.

Dieser Punkt ist mir wichtig: Geschützt wird der *Wettbewerb* und nicht bestimmte, gut organisierte und politisch einflussreiche *Wettbewerber*. Der Staat betreibt also keine Struktur- oder Industriepolitik für die *Wenigen*. Viel mehr schafft er klare Regeln, die einen fairen Wettbewerb mit gleich langen Spiessen für die *Vielen* ermöglichen. Er gibt die Ordnung vor und nicht das Ergebnis. Der Staat übernimmt die Verantwortung für die Rahmenbedingungen und verheddert sich nicht in einer gängelnden Detailsteuerung mit dem Anspruch, alle Lebensbereiche steuern zu können. Er vertraut auf die gestaltende Kraft der Marktwirtschaft, auf die Innovationskraft eines funktionierenden Wettbewerbs, also letztlich: auf die mündigen Menschen, die wissen, was sie tun.

Das ist die Verantwortung, die wir alle in der sozialen Marktwirtschaft tragen. Denn das Design der klugen Ordnung ist keine Spezialdisziplin der politischen Eliten, sondern in einer Basisdemokratie mit Milizprinzip die Aufgabe aller. Egal, ob als Handwerker, Akademiker, Unternehmensführer oder Staatsangestellter. Der Staat gehört uns allen, er soll allen einen Nutzen stiften und nicht in der Geiselhaft der Verbände, NGOs und Interessengruppen stehen.

Nebst funktionierenden Rahmenbedingungen *bietet* die soziale Marktwirtschaft *zweitens* eine soziale Sicherung, um die Risiken der Schicksalsschläge für alle zu begrenzen. Niemand kann alles verlieren, und jeder verdient eine zweite und dritte Chance, um wieder auf die Beine zu kommen. Der Staat will keine Abhängigen schaffen, sondern Unabhängige gewähren lassen. Auch hier spielt das Vermögen des Unterscheidens eine wichtige Rolle: staatliche und private Verantwortung sind fein säuberlich zu trennen. Der Staat gibt nicht vor, sondern sichert ab – und es gelten dieselben Regeln für alle. Umgekehrt übernehmen alle Individuen

Eigenverantwortung nach ihren eigenen Möglichkeiten. Die staatliche Sozialpolitik fokussiert auf die Bedürftigen und nicht auf jene, die sich am lautesten manifestieren und organisieren.

Kurz: Moderne ordnungspolitische Verantwortung heisst im Konkreten zwei Dinge. Es bedeutet erstens eine klare Arbeitsteilung zwischen Staat und Markt – zwischen kollektiv und privat, zwischen Chancengerechtigkeit und Eigenverantwortung, zwischen Absicherung für alle und Wohlstand für alle, zwischen politischer Freiheit und Wahlfreiheit. Der Staat stellt sicher, dass niemand Privilegien hat – aber zugleich vergibt er auch selbst keine Privilegien. Und klare ordnungspolitische Verantwortung bedeutet zweitens eine Sozialpolitik für die Menschen und nicht für die Sozialindustrie und deren Verbände. In beiden Bereichen ergänzen sich staatliche und private Verantwortlichkeiten, aber die eine Verantwortlichkeit geht nicht zu Lasten der anderen. Diese Unterscheidung – dieses Unterscheidungsvermögen – scheint mir heute wichtiger denn je, weil die beiden Sphären zunehmend vermischt werden, ja gleichsam miteinander verschmelzen. Dabei geht es nicht um schöngestige Semantik, sondern um knallhart vertretene Sonderinteressen, die sich den Staat zur Beute machen wollen. Und genau das gilt es mit einer modernen Ordnungspolitik zu verhindern.

Ordnungspolitische Verantwortung I: Klare Abgrenzung zwischen Staat und Markt

Markt und Staat – beide haben ihre eigenen Aufgaben. Der *Markt* und seine privaten Akteure in der Wirtschaft gestatten uns Vielfalt, Qualität und Effizienz. Der *Staat* dagegen greift dort ein, wo der Markt versagt. Beide Funktionen sind zentral für die Wohlfahrt einer Gesellschaft. Beide bedürfen einander.

Sie zu vermischen, ist allerdings eine Dummheit. Wer von privaten Unternehmen erwartet, gesellschaftspolitische und mithin staatliche Ziele zu erreichen, liegt genauso falsch wie jene, die nach betriebswirtschaftlicher Effizienz im Staat rufen. Nobelpreisträger Milton Friedman hat es treffend formuliert: «the Business of Business is Business», und ich füge bei: und die Sache des Staats ist der Staat.

Nicht umsonst haben wir komplexe demokratische Strukturen und Checks and Balances zur breiten Legitimation gesellschaftlicher Entscheide geschaffen – hier nach Effizienz im engeren Sinne zu trachten, wäre fatal. Staatliche Ziele bedürfen einer besonderen Rechtfertigung, weil sie im Dienste von uns allen stehen. Sie den Unternehmen zu überantworten, hat keine innere Rechtfertigung.

Ein Blick auf die Statistiken lässt allerdings Zweifel aufkommen, ob dieser einfachen Richtschnur der Wirtschaftspolitik noch nachgelebt wird. Ob Staats- und Bürokratiewachstum oder Regulierungswachstum: überall zeigt sich das gleiche Bild. Der Staat dehnt sich aus, überdehnt seine Kompetenz. Und das Wachstum hat in den meisten Fällen wenig bis nichts mit Marktversagen zu tun, stattdessen viel mit der Eigendynamik der Interessengruppen, die den Staat in ihren Dienst stellen wollen. Zu verlockend sind anscheinend die «Fleischtöpfe» des Staats – auch in der marktwirtschaftlich orientierten Schweiz.

Natürlich: die Dinge sind etwas komplexer als noch zu Erhards Zeiten der 1950/60 Jahre. Damals gab es noch manche natürlichen Monopole – einer klassischen Form des Marktversagens. Wir finden sie in den Netzindustrien wie der Bahn-, der Post-, der Telekommunikations- oder der Strombranche – zumindest teilweise - noch heute. In der Schweiz gab es in diesen Branchen jeweils ein Staatsunternehmen wie etwa die PTT. In den 90er Jahren kam es zu einer Deregulierungswelle, der eine Teilprivatisierungswelle folgte mit relativ rudimentären Regulierungsbehörden. Die Hoffnungen waren gross – und die Enttäuschung war es bald auch. Heute haben wir weder Fisch noch Vogel: Die inzwischen privatrechtlich organisierten Unternehmen befinden sich noch immer in Staatsbesitz – oder zumindest in staatlichem Mehrheitsbesitz, mit unklarem unternehmerischem Auftrag.

Dabei ist klar: Privatisierung ohne freie Märkte und Marktteilnehmer ist das Gegenteil von Wohlstand für alle. Man schafft *Marktwirtschaftler ohne Marktwirtschaft* oder *Kapitalisten ohne Kapitalismus* – also geschützte Monoplisten, die eine Rente auf Kosten der Allgemeinheit abschöpfen und deren unternehmerisches Risiko letztlich ebenfalls die Allgemeinheit trägt. Das ist unklug und begünstigt die Wenigen statt die

Vielen. Grundgedanke müsste dagegen sein: Liegt Marktversagen vor, ist der Staatseingriff gerechtfertigt. Liegt kein Marktversagen vor, dann eben nicht. Wann und wo genau Marktversagen vorliegt, muss stets aufs Neue evaluiert werden, denn Technologien und entsprechende Märkte verändern sich und damit auch die Legitimation des Staatseingriffs.

Auch in der Schweiz lässt sich fragen, wo noch natürliche Monopole bestehen. So beschränkt sich etwa das Monopolgeschäft der Post auf den Brief. Dieser macht aber nur noch einen Bruchteil des Umsatzes der Post aus. In wachsenden Segmenten wie etwa dem Paketmarkt konkurrenziert sie demgegenüber mit anderen Marktteilnehmern. Dennoch befindet sich die Schweizerische Post zu 100 Prozent in Staatsbesitz. Da stellt sich die Frage, ob sich denn der vollständige Staatsbesitz dieses Unternehmens noch rechtfertigen lässt oder vielleicht nicht eher den Wettbewerb behindert? Warum genau soll der Schweizer Steuerzahler das Risiko der aktuellen Shopping-Tour der Post tragen? Analog gestaltet sich auch die Situation bei den sehr breit aufgestellten Energiekonzernen, die sich in staatlichem Mehrheitsbesitz befinden.

Wenn sich nun aber ein staatlicher Eingriff rechtfertigt und dieser in Form von Eigentum an einem privatrechtlich organisierten Unternehmen erfolgt, liegt es auch in der Verantwortung des Staates, eine *sinnvolle Governance dieser Unternehmen* sicher zu stellen. Dabei gilt es das Haftungsprinzip einzuhalten: Risiko, Haftung und Kontrolle liegen in einer Hand. Ansonsten werden Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert – das Gegenteil von Wohlstand für alle. Das dürfte uns spätestens seit dem Drama um die Kantonalbanken in den 90er Jahren klar sein. Die Berner Kantonalbank etwa konnte die im Zuge der Immobilienkrise erlittenen Verluste nicht selbst stemmen. Aufgrund der bestehenden Staatsgarantie kam der Kanton Bern für einen Schaden im Umfang von 1.5 Milliarden Schweizer Franken auf. Das ist das Gegenteil von sozialer Marktwirtschaft.

Wie uns später die Finanzkrise 2008 schmerzhaft gelehrt hat, muss das Haftungsprinzip auch für systemrelevante private Unternehmen durchgesetzt

werden. Vorgaben wie etwa Eigenkapitalvorschriften in Kombination mit «No-Bail-Out»-Regeln sorgen dafür, dass Risiko, Haftung und Kontrolle besser übereinstimmen und gleichzeitig der Wettbewerb im Bankensektor erhalten bleibt. Das Prinzip der Haftung ist eine wichtige Voraussetzung für eine funktionierende Marktwirtschaft. Wer für eigene Fehler die Konsequenzen nicht selber tragen muss, schafft ein gravierendes moralisches Risiko – so nennen wir das in der Ökonomie. Das heisst: er hat viel Upside, aber nur eine begrenzte Downside. Er kann Gewinne privatisieren und Verluste sozialisieren. Wiederum: das Gegenteil von sozialer Marktwirtschaft.

Damit eine klare Aufgabentrennung zwischen Staat und Markt funktioniert, müssen auch die Unternehmer ihre Verantwortung wahrnehmen. Grundsätzlich liegt ihr Fokus in einer Marktordnung auf der Unternehmertätigkeit im Wettbewerb. Lassen Sie mich hier noch einmal Ludwig Erhard zitieren: «Nach meiner Auffassung beinhaltet die soziale Marktwirtschaft eben nicht die Freiheit der Unternehmen, durch Kartellabmachungen die Konkurrenz auszuschalten; sie beinhaltet vielmehr die *Verpflichtung*, sich durch eigene Leistung im Wettbewerb mit dem Konkurrenten die Gunst des Verbrauchers zu verdienen».

Ordnungspolitische Verantwortung II: Eine Sozialpolitik für die Menschen

Nebst der klaren Aufgabentrennung zwischen Staat und Markt kommt dem Staat auch die Verantwortung zu, eine effektive Sozialpolitik für die Menschen zu betreiben. Die Spannungen zwischen marktwirtschaftlicher Effizienz und sozialem Ausgleich stellen den Staat vor besondere Herausforderungen.

Der Grundsatz «Je mehr Umverteilung, desto sozialer die Marktwirtschaft» ist aber ein Trugschluss. Denn in einer funktionierenden Marktwirtschaft werden die Menschen nach Leistung, Einsatz und Risikobereitschaft entlohnt – vor aller staatlicher Umverteilung. Ziel ist nicht mehr Gleichheit, sondern Gerechtigkeit, also Fairness für alle. Masst sich der Staat jedoch an, marktwirtschaftlichen Wettbewerb zu verzerren, also schleichend eine selektive Privilegienwirtschaft an ihre Stelle zu setzen, wird eine immer stärkere Umverteilung tatsächlich nötig, um staatlich hervorgebrachte Ungerechtigkeiten auszugleichen.

Dies bedeutet im Umkehrschluss: je mehr Umverteilung nötig ist, desto unsozialer, weil verzerrter ist die Marktwirtschaft, egal, ob sie nun sozial genannt wird oder nicht. Die Schweiz, die weniger umverteilt als andere europäische Länder, hat zugleich über 100 Jahre eine ausgesprochen stabile Einkommensverteilung als ebendiese Länder – das ist kein Makel, sondern eine Errungenschaft. Die helvetische Marktwirtschaft ist sozialer als anderswo.

Was es darüber hinaus braucht, ist eine gezielte Subjekthilfe über breit abgestützte Sozialversicherungen und Bedarfsleistungen, wie wir sie in der Schweiz kennen. Kurz und knapp: Eine Sozialpolitik für bedürftige Menschen. Zudem sollten die Instrumente anreizkompatibel ausgestaltet werden. Lohnzuschussysteme anstatt Lohnersatzsysteme heisst hier die Losung.

So muss denn auch jede Art von umverteilender Mittelstandspolitik, wie sie Volksvertreter gerne propagieren, als intellektuelle Fehlleistung bezeichnet werden. Es handelt sich letztlich um einen teuren Zirkelschluss. Privilegierte staatliche Unterstützung gefährdet zum einen die Leistungsanreize der Individuen. Gleichzeitig wird diese Politik durch niemand anderen finanziert werden können als den Mittelstand selbst. Ludwig Erhard schrieb schön und treffend: «Die 'Qualitäten', die der Mittelstand als Wert herausstellen muss, sind: Die Selbstverantwortlichkeit für das eigene Schicksal, die Selbstständigkeit der Existenz, der Mut, aus eigener Leistung zu bestehen und sich in einer freien Gesellschaft, einer freien Welt behaupten zu wollen.»

Plädoyer für eine Revitalisierung der sozialen Marktwirtschaft

Ludwig Erhard kannte die Kriegs- und dann die Mangelwirtschaft, das waren Ordnungen, in denen der einfache Mensch auf der Strasse nichts zu sagen hatte. Darum wollte er möglichst schnell in eine Marktwirtschaft, mit Wettbewerb, flexiblen Preisen, stabilem Geld, einem starken, aber schlanken Staat, ohne Privilegien dafür mit Freiheiten.

Sind also Erhards Ideen von gestern, ist das Plädoyer für eine soziale Marktwirtschaft ein Rückzugsgefecht? Weit gefehlt! Wir kennen zwar zum Glück

weder Kriegs- noch Mangelwirtschaft. Wir leben in der Schweiz aber in einer Marktwirtschaft, die sich schleichend in eine Mischwirtschaft, in einen «crony capitalism», in Klientelismus, in eine Vetterliwirtschaft zu verwandeln droht. Dies ist eine Folge unseres für Sonderinteressen anfälligen korporatistischen Systems – und wohl auch Ausdruck einer saturierten Gesellschaft, die in erster Linie den Status quo absichern will. Auch heute braucht es deshalb wieder mutige Entscheidungen – aber die kommen nicht von oben, sondern von unten.

Lassen Sie uns keine Speenhamland-Gesetze schaffen, sondern die soziale Marktwirtschaft, den Wohlstand für alle neu entdecken – und vor allem: leben. Jeder einzelne – egal, ob Unternehmer, Angestellter oder Politiker – hat eine Verantwortung, die er nicht delegieren kann: nämlich die Verantwortung zu unterscheiden. Zu unterscheiden zwischen Staat und privat, zwischen Chancengerechtigkeit und Wahlfreiheit, zwischen Legitimation und Effizienz. Der Staat darf nicht zur Beute der Wenigen auf Kosten der Vielen werden.

Unterscheiden zu können, das heisst eigentlich: mündig zu sein. Um es in einem Satz zu sagen: Es gibt keine soziale Marktwirtschaft ohne Akteure, die die soziale Marktwirtschaft verstehen. Die sie hochhalten. Und die sie im Alltag leben.

Denn die soziale Marktwirtschaft, das sind wir alle.